

Kleine Anfragen zur Beantwortung in der Fragestunde des Landtags

Der Abgeordnete Burkhard Jasper (CDU) hatte am 07.12.2016 gefragt:

(Anfrage 8; Drucksache 17/7050, S.4)

Wird die Migrationsforschung in Niedersachsen geschwächt?

Vorbemerkung des Abgeordneten

Bundesministerin Schwesig hat jüngst angekündigt, den Ausbau einer stark gegenwartsorientierten und von soziologischen Fragestellungen bestimmten Migrationsforschung an den Hochschulen in Berlin und Duisburg-Essen finanziell zu fördern. Die Universität Osnabrück wurde nicht berücksichtigt, obwohl dort ein entsprechender Forschungsschwerpunkt seit Jahrzehnten besteht.

1. Weshalb wurde die Universität Osnabrück nicht berücksichtigt?

2. Was unternimmt die Landesregierung gegen die Benachteiligung der Migrationsforschung in Niedersachsen durch die Mittelvergabe des Bundesministeriums?

3. Wie hat sich die Landesregierung für die Universität Osnabrück eingesetzt?

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur namens der Landesregierung am 15.12.2016

(Anfrage 8; Drucksache 17/7145, S.14 - 15)

Vorbemerkung der Landesregierung:

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Berlin, Bielefeld und Osnabrück (Institut für Migrationsforschung und interkulturelle Studien - IMIS, Universität Osnabrück) haben die Finanzierung einer Vorstudie für eine deutsche Plattform für Migrationsforschung angeregt. Ziel der Initiative war es, die vorhandenen Kompetenzen der einschlägigen Einrichtungen in Deutschland einerseits zu bündeln, andererseits die einzelnen Einrichtungen zusätzlich zu stärken. Die Initiative verfolgte einen dezentralen Ansatz, der auf Interdisziplinarität setzte. In der Vorstudie sollten zunächst die Rahmenbedingungen für eine solche Plattform

abgesteckt werden. Eine unmittelbare Zentrumsgründung war nach hiesiger Kenntnis nicht beabsichtigt.

Einbezogen in die Initiative war Frau Staatsministerin Özoguz, Bundesbeauftragte für Integration. Im Rahmen der Haushaltsberatungen des Bundestags ist eine Verortung der Mittel im BMFSFJ beschlossen worden.

Nach bisheriger Information des Deutschen Bundestags wurde kürzlich beschlossen, insgesamt 6,8 Millionen Euro, davon 3 Millionen Euro in 2017 und weitere 3,8 Millionen Euro verteilt auf die Jahre 2018 bis 2020. in den Haushalt des BMFSFJ zur Gründung eines Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung zu geben. Das Institut soll nach Beschlussvorschlag für den Haushaltsausschuss des Bundestages durch die Humboldt-Universität zu Berlin geleitet werden; als weiterer Partner wird das Interdisziplinäre Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (InZentIM) der Universität Duisburg-Essen im Beschlussvorschlag genannt.

1. Weshalb wurde die Universität Osnabrück nicht berücksichtigt?

Die Initiative kam aus der Wissenschaft und wurde auf Bundesebene verhandelt und dort auch entschieden. Die Gründe für diese Entscheidung sind hier nicht bekannt.

2. Was unternimmt die Landesregierung gegen die Benachteiligung der Migrationsforschung in Niedersachsen durch die Mittelvergabe des Bundesministeriums?

Besonders das Osnabrücker IMIS stellt seit Jahren eine zentrale und leistungsstarke universitäre Einrichtung für die Migrationsforschung dar. Es ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Migrationsforschung in Deutschland. Das Land hat das IMIS in der Vergangenheit unterstützt und wird es wie bisher auch in Zukunft unterstützen.

3. Wie hat sich die Landesregierung für die Universität Osnabrück eingesetzt?

Es wird auf die Antworten zu den Fragen 1 und 2 verwiesen. Darüber hinaus wird das Land gemeinsam mit der Universität Osnabrück ausloten, wie das IMIS, nach der Beschlussfassung auf Bundesebene, entsprechend seiner Bedeutung bei der anlaufenden Koordinierung Berücksichtigung finden kann.